

Protokoll der 66. Sitzung des Begleitausschusses

Tag: 17.09.2018
Zeit: 16:00 Uhr bis 18:15 Uhr
Ort: Lübben, Beethovenweg 14
Leitung: Herr Saß
Anwesende: siehe Anwesenheitsliste

1. Begrüßung

Herr Saß begrüßte die Anwesenden und stellte die Tagesordnung zur Diskussion. Aufgrund der Anwesenheit des Vertreters des Caritasverbandes für das Erzbistum Berlin e. V. Region Brandenburg Herr Thieme wurde auf Vorschlag der Tagesordnungspunkt 5 der Tagesordnung vorgezogen.

2. Vorstellung der Projektidee zur Umsetzung des nationalen Präventionsprogramms

Der Verwaltung liegt ein Hinweis des Ministeriums des Innern und für Kommunales, Abteilung Verfassungsschutz, zu möglichen Versuchen muslimische Flüchtlinge für Muslimbruderschaften zu werben vor. Der Landkreis wurde gebeten, die Kommunen zu sensibilisieren. Mit dem Projekt sollen Mitarbeiter der Ausländerbehörden, des Jugendamtes, des Sozialamtes, der unterbringungsnahen Migrationsfachdienste sowie Ehrenamtsinitiativen geschult werden, um frühzeitig Hinweise und Erkenntnisse auf die Einrichtung solcher Organisationen feststellen zu können.

Der Landkreis hat auf Antrag eine Zuwendung des Bundes in Umsetzung der o. g. Projektidee i. H. v. 20.000 € erhalten. Diese sind zweckgebunden für das Jahr 2018. In Kenntnis der Erfahrungen des Caritasverbandes wurde dieser direkt für die Umsetzung des Projekts angesprochen. Die Konzeption (Anlage) der Projektidee wurde von Herrn Thieme als Vertreter den Anwesenden zur Kenntnis gegeben. Der Caritasverband bedient sich Kooperationspartnern, die sowohl von der RAA Brandenburg als auch von der Diakonie das Projekt begleiten. Ziel ist es eine entsprechende Handreichung für die Teilnehmer zu erarbeiten. Auf Nachfrage wurde mitgeteilt, dass diese Handreichung auch für weitere Personen, die nicht am Workshop teilnehmen, zur Verfügung gestellt werden kann. Das Seminar dauert ca. einen halben Tag.

Herr Wedekind hat im Laufe der Diskussion angeregt auch einen derartigen Workshop im Oberstufenzentrum sowie für Schulsozialarbeiter anzubieten.

Die Anwesenden Mitglieder des BGA stimmten der Bewilligung des Antrages mit einem Kostenrahmen i. H. v. 13.962,02 € zu.

3. Blitzlichtrunde

Herr David stellte die geringen Wahrnehmungen der Kommunikation in den sozialen Medien als ein Problem dar. Insbesondere für die Stadt Königs Wusterhausen und deren Umfeld ist festzustellen, dass Ängste und Hass gestreut werden und dass dies unter Beachtung der anstehenden Wahlen im Jahr 2019 sehr bedenklich erscheint. Die geringen Wahrnehmungen in den Medien ist ein gesellschaftliches Problem und zieht sich quer durch alle Bereiche.

Herr Stolpe unterstützte diese Auffassung und ist einer von denen, der sich dieser Kommunikation stellt und Auseinandersetzungen führt. Er berichtete von seinen Erfahrungen aus einer Stammtischrunde bei der AfD.

Herr David verwies auf einen Hinweis zum Umgang mit Hasstiraden, welche er auf die Seite des LAP zur Verfügung stellt. siehe: lap-lds.de/home/INFO-links/Hassskommentare im Netz - Strategien

4. Auswertung Parlamentarischer Abend

Die Veranstaltung wurde von den teilnehmenden BGA-Mitgliedern als gelungen gewertet. Viele Fragen zum inhaltlichen Thema sowie zur Antragstellung und Finanzierung konnten geklärt werden.

Herr Wille stellte positiv die Teilnahme der Kommunalpolitiker heraus und bat eventuell für das Jahr 2019, nach den Kommunalwahlen, ein ähnliches Format durchzuführen. Auch ein Schreiben an die Bürgermeister und Amtsdirektoren wurde empfohlen. Gemeinsam mit diesem Personenkreis soll erörtert werden, ob ein ähnliches Format stattfinden sollte und ob die Bürgermeister/Amtsdirektoren für die ortsansässigen Vereine Erkenntnisse gewonnen haben.

Für die Zukunft sollte geprüft werden, ob Projekte für Gedenkstättenpädagogik durch die Träger der Schulen entsprechend finanziert werden können. Entsprechend der Haushaltslage der Kommunen sollten die Schulhaushalte so aufgestellt sein, dass in einer festgelegten Jahrgangsstufe eine Gedenkstättenfahrt anberaumt und finanziert werden kann. Die Weiterleitung dieser Anregung an das Dezernat I Schulverwaltungsamt erfolgt durch die Verwaltung. In der Vergangenheit wurden diese Projekte teilweise durch das Bundesprogramm finanziert. In diesem Zusammenhang stellte Herr Wedekind fest, warum diese Projekte nach Auschwitz oder Sachsenhausen stattfinden und der Friedhof Halbe sich mit einer entsprechenden Geschichte im Landkreis befindet. Schulen aus anderen Regionen des Landes Brandenburg besuchen den Friedhof regelmäßig.

In Erwidern auf Herrn Wedekind stellte u. a. Herr Stolpe fest, dass bei aller Bedeutung des Friedhofs in Halbe für die historische Bildung die Komplexität der Geschichte bei Besuchen von Gedenkstätten ehemaliger Konzentrationslager von besonderer Bedeutung sei.

5. Demokratiekonferenz

Frau Wank stellte die ersten Ideen für die Durchführung einer Demokratiekonferenz im Jahr 2019 vor (Anlage). Dieser sollte am 17.12.2018 eine Klausurtagung vorausgehen.

Die BGA-Mitglieder diskutierten zum einen über die Dauer der Klausurtagung sowie über die Inhalte. Es wurde festgelegt, aufgrund der Vielfalt der Themen, im Jahr 2019 zwei Tage für die Klausurtagung vorzusehen. Ein geeignetes Objekt dafür ist zu suchen. Die Themenschwerpunkte können sein:

- Wahlen 2019
- Kunst- und Kultur
- Medienbildung
- Vorurteile

Eine Arbeitsgruppe soll entsprechend die Klausurtagung und die Demokratiekonferenz vorbereiten. Die Mitglieder des BGA wurden gebeten eine Mitwirkung zu prüfen. Als externe Unterstützer wurden Frau Jana Stecher und Frau Madlen Langner (Sozialarbeiterin im Amt Schenkenländchen) vorgeschlagen. Herr Thiele als Kreisjugendring ist gesetzt.

6. Projektanträge

- 6.1 *Verein zur Förderung des Aktionsbündnisses gegen Heldengedenken und Naziaufmärsche Halbe e. V.*
„Zwischen Nein und Jein-Widerstand gegen den Faschismus“

Der Antrag wurde einstimmig durch die Mitglieder des BGA bewilligt.

- 6.2 *Demokratisches JugendFORUM Brandenburg e. V.*
„Meine Meinung. Deine Meinung. - Gleiche Chancen für alle?“

Der erste Antrag wurde bereits abgelehnt. Die Mitglieder des BGA stimmen überein, dass das Projekt inhaltlich zu begrüßen ist, jedoch stehen nach wie vor inhaltliche und strukturelle Fragen des Projekts im Vordergrund. Die von den Leitlinien des Bundesprogramms geforderte Nachhaltigkeit ist nicht erkennbar. Aus dem Finanzplan sind einzelne Kostenpositionen von Partnern des Projekts nicht ermittelbar. Mit der Beteiligung der Schulen handelt es sich um ein Schulprojekt, welches nicht von den Mitgliedern des BGA unterstützt wird. Aufgrund der beantragten Summe i. H. v. 550,00 € im Vergleich zu den Gesamtkosten des Projekts wurde vermutet, dass auch ohne die Bewilligung das Projekt stattfinden kann. Dem Antrag wurde nicht stattgegeben.

7. Sonstiges

- Frau Wank informierte, dass sie ein Gespräch bei Frau Julia Günzel zur Durchführung von gemeinsamen Projekten mit dem Förderprogramm LEADER geführt hat. Die Mitglieder des BGA hatten teilweise Kenntnis zu diesem Programm.